

Kritische Betrachtung: Zur aktuellen Debatte über die Pläne zum Ausbau der Windenergie auf der ehemaligen Hüttenfelder Mülldeponie

Ausgleich von Interessen ist urdemokratisches Ziel

Von unserem Redaktionsmitglied Uwe Rauschelbach

Lampertheim. Nach Bürgerbeteiligung wird allseits gerufen. Die verstärkte Teilhabe an demokratischen Prozessen liegt im Trend der Zeit. Entscheidungswege und behördliche Verfahren werden nicht länger als ausreichend empfunden, um das Votum des Bürgers angemessen zu gewichten.

Darauf berufen sich auch Hüttenfelder Bewohner. Aktuelles Thema im Stadtteil: der Ausbau der Windenergie auf dem Gelände der früheren Mülldeponie. Als Gegner des Projekts haben der Verein "Pro Hüttenfeld" und die Bürgerinitiative "Gegenwind" ihre Argumente kundgetan. Sie traten zuletzt bei einer Hüttenfelder Ortsbeiratssitzung mit Vertretern des Zweckverbands Abfallwirtschaft Kreis Bergstraße (ZAKB) und der Lampertheimer Stadtverwaltung in Erscheinung.

Deutlich wurden an diesem Abend unterschiedliche Auffassungen über das Äußern von Kritik durch jene, die sich aus den Reihen der Bürger sowie des Vereins "Pro Hüttenfeld" und der Initiative "Gegenwind" zu Wort gemeldet haben. Es ist hier nicht die Frage, ob Kritik an Institutionen oder Behörden erlaubt sei oder nicht. Vielmehr geht es um die Art und Weise, wie sie vorgebracht wird. Und welchem Zweck sie dient.

Sachlicher "Gegenwind"

Dieser erscheint mit Blick auf gewisse Wortbeiträge in der Ortsbeiratssitzung und darauffolgende Leserbriefzeilen fragwürdig, die nicht aus den Reihen der bisher betont sachlich auftretenden Bürgerinitiative "Gegenwind" stammen, sondern aus dem Umfeld des Vereins "Pro Hüttenfeld". Damit wird der Anschein erweckt, als solle auf dem Weg des Engagements gegen die parlamentarisch gebilligten Pläne des ZAKB primär nicht jenes Vorhaben verhindert, sondern in erster Linie der Bürgermeister als vermeintlich Hauptverantwortlicher getroffen werden. Und das an seiner empfindlichsten Stelle: seinem eigenen Wahrheitsverständnis.

Empfindlich ist diese Stelle nicht etwa dadurch - just das soll aber durch die Kritik insinuiert werden -, weil der Bürgermeister sie in Sachen Windenergie nachweislich verletzt hätte. Sondern weil Erich Maier sein Amt in erster Linie mit dem Streben nach Wahrhaftigkeit, das zugleich auf politischer Unabhängigkeit beruht, verknüpft hat. Und worauf er sich selbstverständlich auch in Bezug auf die aktuelle Windkraftdebatte beruft.

Wohlverstanden: Auch dieser Bürgermeister ist nicht unfehlbar. Aber man musste schon taub sein, um in der besagten Hüttenfelder Ortsbeiratssitzung nicht zusammenzuzucken angesichts halblaut gemurmelter und hämischer Zwischenbemerkungen sowie der Androhung von

vermeintlich desavouierenden Fangfragen. In einem Leserbrief wurde Maier anschließend eine "aggressive Haltung" unterstellt.

Fakt ist: Maiers Haltung war im Ortsbeirat extrem verschlossen. Aggressiv aber waren einige Zwischenbemerkungen und Fragestellungen aus dem Auditorium, die nicht aus den Reihen der Bürgerinitiative "Gegenwind" stammten. Fakt ist auch: An Maiers Bezug zur Wahrheit wurden mit Blick auf die Windenergie-debatte unüberhörbare, aber durch nichts belegte Zweifel gestreut.

Kontraproduktiv und schädlich

Solche Vorgänge dienen in keiner Weise dem Ziel, um das es vermeintlich gehen soll. Sie sind eher kontraproduktiv und schaden zugleich dem nachvollziehbaren Bemühen von Bürgern um mehr demokratische Mitwirkung. Sie verschärfen die Trennlinien und Konflikte gerade da, wo Lösungen eigentlich nur im Konsens gefunden werden können.

Auch Bürgerinitiativen vertreten stets nur einen Teil des Meinungsspektrums. Auch sie müssen sich deshalb dem mühsamen, aber urdemokratischen Ausgleich der Interessen unterziehen.

© *Südhessen Morgen, Freitag, 22.03.2013*